

„Wenn die CO₂-Verpressung kommt, muss ich hier weg“

Am Montagabend kochten im Salzwedeler Hanseat die Emotionen hoch. Was als wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Vortrag der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema „Zukunftsfrage Energie: Wie entwickelt sich unsere Energieversorgung?“ begonnen hatte, wurde im Anschluss zu einer Diskussion. Bei ihr entlud sich der ganze Unmut des Publikums über die in der Region geplante CO₂-Verpressung.

Von Julia Kuhlmann

Salzwedel. Es war, als säße man zwischen zwei klar abgezielten Fronten. Auf der Bühne die Wissenschaftlerin Antje Nötzold von der Technischen Universität Chemnitz und Wolfgang Dirschauer, Leiter des Bereichs Klimapolitik der Vattenfall Europe AG. Ihnen gegenüber standen bewegte Bürger, die sich teilweise kaum auf den Plätzen halten konnten und auch ihren Tränen freien Lauf ließen. Dem Moderator, Staatssekretär Jürgen Stadelmann vom Landesministerium für Landwirtschaft und Umwelt, entglitt immer mehr die Kontrolle über die Gesprächsführung. Denn das Publikum wollte lautstark Argumente gegen die CO₂-Verpressung hören.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hatte in das Hanseat zu einem Vortrag über die Zukunft der Energieversorgung geladen. Fossile Brennstoffe wie Erdöl und Erdgas würden immer knapper. Daher müsse man nach Alternativen suchen und Ressourcen in Reserven umwandeln: Wie bei der geplanten CO₂-Verpressung in Mahlsdorf, die von Vattenfall initiiert wurde. Damit soll mehr Erdgas gefördert werden. Dabei wird es von dem in die Erdgaslagerstätte verpressten CO₂, das zuvor in einem Pilotkraftwerk bei Spremberg aus dem Rauchgas



Die Gäste im Hanseat stellten bohrende Fragen. Fotos: J. Kuhlmann



Wolfgang Dirschauer



Jürgen Stadelmann



Antje Nötzold

gewonnen wurde (CCS-Verfahren), nach oben gedrückt.

Antje Nötzold zeigte auf, dass Deutschland auf fossile Energieträger angewiesen sei. Öl und Gas müssen aber importiert werden, da sie hier nicht ausreichend vorkommen. So begibt sich der Staat in eine Importabhängigkeit von Ländern wie Russland oder Saudi-Arabien. Hierdurch entstünden politische Risiken, da die Reserven taktisch eingesetzt werden könnten. Die Probleme würden in 20 bis 30 Jahren noch größer werden.

Erneuerbare Energien hätten hingegen ein gigantisches theoretisches Potenzial. Dem entgegen stünden ein großer finanzieller Aufwand und eine Umstellung des Energiesystems, realistisch sei nur ein schrittweiser Ausbau.

Anschließend sprach Wolfgang Dirschauer über den Kli-

mawandel und das geplante Projekt in Mahlsdorf, das zur Verringerung der CO₂-Emission beitragen könne, da das Kohlendioxid dort unterirdisch gespeichert wird.

Auf diesen wissenschaftlichen Vortrag folgte eine Diskussion, bei der die Angst und die Wut des überwiegenden Teils der Zuhörer deutlich zu spüren war. Ein Bürger machte auf die Naturzerstörung aufmerksam, die mit der Förderung von fossilen Brennstoffen verbunden sei. Antje Nötzold: „Die gibt es bei allen Energieformen. Bei einem geplanten Solarpark in der Sahara müsste die gesamte Fläche genutzt werden, um 15 Prozent des europäischen Bedarfs zu sichern.“ Einen anderen Zuhörer erstaunte die Leichtfertigkeit, mit der an das Projekt herangegangen werde, schließlich sei die Altmark durch Bohrungen in der DDR-Zeit „löchrig wie ein Schweizer Käse“, so dass CO₂ unvorhergesehen entweichen könne. Wolfgang Dirschauer: „Wir betreten ja kein Neuland und nutzen die Erfahrungen

aus anderen Ländern. In zwei oder drei Jahren werden wir wissen, ob die Altmark überhaupt als Speicher infrage kommt.“ Im Publikum machte darauf das Wort „Menschenversuch“ die Runde. Eine andere Besucherin wies darauf hin, dass das Kohlendioxid in Verbindung mit Wasser zu einer Säure wird und so das Bohrgestänge angreifen und die Wasserqualität verschlechtern könne. „Wir verwenden anderen Beton und anderen Stahl bei so einem Projekt. Der Grundwasserschutz steht natürlich an erster Stelle“, versuchte der Vattenfall-Mann die Bedenken zu zerstreuen.

Jürgen Stadelmann wurde aufgefordert, als Vertreter der Politik Stellung zu beziehen: „Minister Haseloff lehnt es ab. Aber die Landesregierung hat keinen Einfluss auf ein Gesetz, das die Bundesregierung beschließt“, antwortete er.

Ein Bürger wies darauf hin, dass sich die Erdoberfläche in der Altmark in den vergangenen Jahren um drei bis vier Zentimeter bewegt haben soll und es 1984 wohl ein Erdbeben gegeben habe. Jürgen Stadelmann: „Dazu kann ich nichts sagen.“ Der besorgte Bürger trug ihm auf, seinen Einwand als offiziellen Antrag für das Bergbauamt mitzunehmen, was der Staatssekretär ihm zusicherte.

Wolfgang Dirschauer: „Als Politiker würde ich so einem Gesetz auch nicht zustimmen, da es momentan zu viele Unbekannte gibt“, aber deswegen würde Vattenfall auch forschen. Denn man gehe davon aus, dass das Gesetz zu dem CCS-Verfahren komme.

Eine Frau brachte die Sorgen der Altmarkler unter Tränen auf den Punkt: „Ich will mit meinen Enkeln hier noch Weihnachten feiern. Aber wenn die CO₂-Verpressung kommt, muss ich hier weg. Das bricht mir das Herz.“